

Meine Herren! Ich habe daher den Auftrag, seitens der Kommission Ihnen vorzuschlagen, das hohe Haus wolle den vorgelegten Haushaltsplan entsprechend dem Antrage des Provinzialausschusses unverändert annehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Becker: Es meldet sich niemand zum Wort. Ich schließe die Verhandlung und darf wohl ohne besondere Abstimmung feststellen, daß das hohe Haus dem Antrage seiner Fachkommission beigetreten ist.

Meine Herren! Bei der vorgerückten Zeit möchte ich Ihnen vorschlagen, die Sitzung abzubrechen. (Bravo!)

Wir würden dann morgen früh um 10 Uhr wieder zusammentreten und würden dann morgen folgende Gegenstände zu erledigen haben: Zunächst die beiden Gegenstände, die von der heutigen Tagesordnung zurückgeblieben sind. — Die Petition verschiedener Stadtkreise wegen Freilassung der Staatssteuer vom Fiskaleinkommen in den Stadtkreisen, von der Provinzialabgabe, ist zurückgezogen; sie wird uns also nicht mehr beschäftigen. (Beifall.)

Wir würden dann noch haben: Etwaige Eingänge — die wahrscheinlich nicht vorhanden sind, — dann den Vorbericht zum Haupthaushaltsplan und endlich die Wahlprüfungen und die Rechnungsprüfungen.

Wir werden voraussichtlich gegen 11 Uhr mit der Sitzung fertig sein, und das würde Ihnen die Möglichkeit geben, noch ruhig in die Heimat zurückzukehren.

Es erhebt sich kein Bedenken gegen diese Vorschläge.

Meine Herren! Dann stelle ich fest, daß Sie damit einverstanden sind und schließe unsere Sitzung. (Schluß 3¹/₂ Uhr.)

Sechste Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf am Freitag, den 11. März 1904.

Beginn 10 Uhr 20 Minuten.

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag der IV. Fachkommission zum Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Erst- und Nierzmelioration.
3. Antrag der Wahlprüfungskommission, betreffend Gültigkeitserklärung der für den 44. Rheinischen Provinziallandtag vorgenommenen Ersatzwahlen.
4. Antrag der I. Fachkommission zum Vorbericht zu dem Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz sowie zu den zu demselben gehörenden Haushaltsplänen der

- einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten für das Rechnungsjahr vom 1. April 1904 bis 31. März 1905
und
zum Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1904 bis 31. März 1905.
5. Antrag der I. Fachkommission auf Entlastung nachstehender Rechnungen
im Verzeichnis der Landtagsvorlagen (Drucksachen. Nr. 17)
Nr. 29 bis 43
 6. Antrag der II. Fachkommission auf Entlastung nachstehender Rechnungen
im Verzeichnis der Landtagsvorlagen (Drucksachen. Nr. 17)
Nr. 42 bis 51 und Nr. 60 bis 82
 7. Antrag der III. Fachkommission auf Entlastung nachstehender Rechnungen
im Verzeichnis der Landtagsvorlagen (Drucksachen. Nr. 17)
Nr. 86 bis 94
 8. Antrag der IV. Fachkommission auf Entlastung nachstehender Rechnungen
im Verzeichnis der Landtagsvorlagen (Drucksachen. Nr. 17)
Nr. 95 bis 101.

Vorsitzender Becker: Ich eröffne die Sitzung. (Glocke.) Das Protokoll über die Plenarsitzung am 11. d. Mts. liegt auf dem Tisch des Hauses offen.

Schriftführer für die heutige Sitzung sind die Herren Abgeordneten Schrakamp und von Groote.

An Eingängen habe ich noch mitzuteilen ein Telegramm des Herrn Geheimrat Kesselfaul: „Mit bestem Dank nehme ich die Wahl als Mitglied des Provinzialausschusses hierdurch an.“

Wir treten dann in die Tagesordnung ein. Zweiter Gegenstand ist der

Antrag der IV. Fachkommission zum Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Erft- und Niersmelioration.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Kaufmann, dem ich das Wort gebe.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Kaufmann: Meine Herren! Der Antrag*) des Herrn Abgeordneten Mooren ist Ihnen ja aus der letzten Tagung noch rememberlich, und es ist Ihnen wohl auch noch die eingehende Begründung im Gedächtnis, die der Herr Antragsteller an diesem Plage vorgenommen hat.

Der Herr Antragsteller hat damals seine Erläuterungen mit dem Wahlspruch „in der Kürze liegt die Würze“ begonnen (Bravo!), und es ist dies für mich gewiß ein Gebot, mich heute an dem Tage Ihrer bevorstehenden Abreise einer möglichst Kürze zu befleißigen. (Beifall!)

Meine Herren! Ich beschränke mich auf das allernotwendigste Maß von Mitteilungen. Wie Ihnen rememberlich ist, wurde, da irgend ein Aktenmaterial zur Zeit der Antragstellung im vorigen Jahre nicht vorlag, der Provinzialausschuß beauftragt, die notwendigen Ermittlungen

*) Der Seite 143 der Verhandlungen des 43. Provinziallandtags abgedruckte Antrag lautet:

Es wolle der Rheinische Provinziallandtag beschließen,

„die Königliche Staatsregierung zu bitten, die zu Lasten der genannten beiden Genossenschaften bei der Staatskasse bzw. der Rheinischen Provinzialkasse aufgenommenen und noch nicht getilgten Restschulden im Gesamtbetrage von über eine Million Mark vom 1. April 1904 an auf die Staatskasse zu übernehmen.“

anzustellen. Das ist geschehen, und dieselben liegen Ihnen in eingehender Fassung in der Druckschrift vor. In dieser werden Sie finden die Entstehungsgeschichte der Erft- und Niersmelioration, ihre Leiden, ihre Verbesserungen und dann auch in der Übersicht über ihr Vermögen die Lage derselben in Beziehung auf ihr Vermögen.

Der Provinzialausschuß hat den Antrag des Herrn Abgeordneten von Cuxen, die königliche Staatsregierung möge die sämtlichen Lasten der Genossenschaft übernehmen, an den Herrn Landwirtschaftsminister weitergegeben. Inzwischen ist auch eine Entscheidung des Herrn Ministers erfolgt. Diese ist aber so spät, unmittelbar vor der Tagung, hier eingetroffen, daß der Provinzialausschuß noch nicht in die Lage gekommen ist, Stellung zu derselben zu nehmen. Ich möchte Ihnen die Entscheidung mitteilen und glaube danach Ihnen sofort den Antrag der IV. Fachkommission zur Annahme empfehlen zu können.

Der Herr Minister hat nämlich entschieden, daß er bereit ist, bezüglich der Niersmelioration die jährliche Tilgungsrate des zur Zeit noch 103 095 Mark betragenden Staatsdarlehens in Höhe von je 2265 Mark 83 Pf. für die Zeit bis zum 1. Oktober 1920 zu erlassen, sofern die Provinz die ihrerseits der Genossenschaft gewährte Beihilfe von jährlich 3000 Mark um einen der obigen staatlichen Unterstützung in Maß und Zeitdauer gleichkommenden Betrag erhöht. Allerdings hat der Herr Minister an diese Zuwendung eine Bedingung geknüpft, nämlich die, daß innerhalb der nächsten fünf Jahre für das ganze Gebiet der Genossenschaft die zur Ermöglichung der wirtschaftlichen Rentabilität der Grundstücke notwendigen Meliorationen durchgeführt werden. Es wird sich also zunächst fragen, ob der Provinzialausschuß nach Lage der Mittel imstande ist, seinerseits auch die von ihm verlangten Beihilfen in Aussicht zu stellen, und in zweiter Linie, ob es möglich sein wird, die Meliorationsgenossen zur Annahme der Bedingung zu bewegen, das ganze Genossenschaftsgebiet zur Ermöglichung einer besseren wirtschaftlichen Rentabilität wieder von neuem zu meliorieren.

Hierüber ist sich der Provinzialausschuß noch nicht schlüssig geworden. Die Genossenschaft konnte natürlich ebensowenig gehört werden, und aus diesem Grunde, meine Herren, wird nichts übrig bleiben, als dem Provinzialausschuß die Angelegenheit zur weiteren Erwägung und Beschlußfassung zu überweisen und zwar zur Beschlußfassung darüber, ob und in welcher Weise dem Antrage mit den Mitteln der zur Verfügung stehenden Fonds zu landwirtschaftlichen Zwecken gemeinsam mit der königlichen Staatsregierung entsprochen werden kann.

Ich bitte Sie, diesem Antrage der IV. Fachkommission Ihre Zustimmung geben zu wollen. (Beifall.)

Vorsitzender Becker: Ich eröffne die Verhandlung und erteile dem Herrn Abgeordneten Mooren das Wort.

Abgeordneter Mooren: Meine verehrten Herren! Sie werden es begreifen, wenn ich der freundlichen Einladung meines Freundes Kaufmann Folge leistend mich auch hier zu der Devise bekenne „in der Kürze liegt die Würze“. (Beifall und Heiterkeit.) Aber auch zugleich: In der Klarheit liegt die Wahrheit.

Meine Herren! Es kann mir nicht in den Sinn kommen, die traurige Geschichte der Niers- und Erft-Meliorationsgenossenschaften hier in großen Zügen auszumalen. Sie alle haben das betreffende Material schwarz auf weiß vor sich. Ihnen allen als den Bewohnern dieser schönen Rheinlande ist es bekannt, unter welcher drückender Schuldenlast diese kleinen Aktionäre des Staates — so nenne ich immer gern die kleinen landwirtschaftlichen Besitzer — heute noch seufzen.

Meine Herren! Wenn ich davon Zeugnis gebe, so dürfen Sie ihm eine gewisse Bedeutung beilegen. Nicht ist es die Eitelkeit, die aus mir spricht, sondern die Wahrheitsliebe, worin die Klarheit sich zugleich ausdrückt. (Beifall und Heiterkeit.)

Meine Herren! Mit dem Herrn Landeshauptmann, meinem Freunde Klein — ich glaube ihn eben gesehen zu haben, und er wird vielleicht meine Ausführungen bestätigen — standen wir gewissermaßen an der Wiege dieser Genossenschaften. (Abgeordneter Dr. Klein: Ja!) Hoch schwellten die Hoffnungen als von seiten der königlichen Staatsregierung durch ihre Kommissare uns eröffnet wurde: in 25 Jahren längstens würden alle Anlagelasten getilgt sein, bis dahin werden die pesthauchenden pontinischen Sümpfe (Heiterkeit) — man verglich sie damit, meine Herren. (Heiterkeit) — einen so reichen Ertrag an Gräsern und Kulturprodukten aller Art liefern, daß die Genossen, die damals allerdings zum Teil sehr pessimistisch gesinnt waren, den Tag und die Stunde segnen werden, wo die königliche Staatsregierung sie gezwungen habe — und darauf lege ich einen besonderen Nachdruck — gezwungen habe, diese Genossenschaften zu bilden. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Bei dem Zwange fällt mir eins ein. In einzelnen Fällen kann man ihn absolut nicht verwerfen. Wohin kämen wir in unseren Gemeinden, wenn nicht ab und zu auch ein sanfter Zwang ausgeübt würde! (Heiterkeit.) Wohin kämen wir z. B. bei Straßen- und Wegebauten, bei Baumpflanzungen auf Ödlandereien, Zusammenlegung von Grundstücken und bei vielen anderen Fortschritten kultureller Art, wenn wir erst abwarten wollten, ob alle, auch die letzten Genossen, damit einverstanden sind! (Sehr richtig!) Also, meine Herren, das Unternehmen ist ausgeführt. Ich bin der Letzte, der irgend einen Tadel darüber aussprechen wollte. Im Gegenteil, es muß der königlichen Staatsregierung hoch angerechnet werden, daß sie damals ihrem besseren Kompaß folgend diese Meliorationen ausgeführt hat. Aber man darf das eine dabei nicht übersehen: Wer einen solchen Zwang ausübt, der muß auch sicher sein, daß er die gewünschten Erfolge bringt, (Bravo!) und da, glaube ich, meine Herren, in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich sage, die Meliorationstechnik lag damals bei uns noch in ihren Windeln. (Heiterkeit und Zustimmung.) Ich freue mich, daß der Herr Genossenschaftsdirektor, der Vorsitzende des Provinzialausschusses, das bestätigt, und werde daran meine weiteren Ausführungen knüpfen. (Heiterkeit.) Wir waren damals noch gar nicht in der Lage, Meliorationen mit gutem Erfolge auszuführen, wie es in den letzten Dezennien stellenweise in der Rheinprovinz mit dem größten Erfolge geschehen ist. Ich bin gerne dabei dieses Zeugnis öffentlich auszusprechen, aber, meine Herren, die stolzen Erwartungen und kühnen Hoffnungen, welche damals daran gereicht worden sind, haben sich im ganzen nicht erfüllt. Heute seufzt die ganze Niederung — ich bitte, sich das graphische Bild der Landkarte gefälligst vorzustellen von Guskirchen über Bergheim, Gladbach bis nach Geldern und — lange wird's nicht dauern — auch darüber hinaus bis nach Cleve nicht nur unter der ungeheueren Auflage, welche die kleinen Genossen — ich wiederhole die besten Aktionäre des Staates — zu tragen haben, nein noch unter vielen anderen Umständen. (Heiterkeit.)

Sollte ich von neuem schildern meine Herren? Nein, das fällt mir nicht ein (Heiterkeit), denn Sie haben in der verflossenen Session durch Ihre Einmütigkeit und durch Ihre Zustimmung zu meinen bescheidenen Anträgen deutlich zu erkennen gegeben, daß Sie meine Auffassung in dieser Beziehung vollständig teilen.

Nun könnten Sie sich als Vertreter unserer Provinz vielleicht sagen: ja warum sollen wir denn diese drückenden Lasten übernehmen? — Bewahre, meine Herren! In den östlichen Provinzen sind, wie ich als Mitglied des Abgeordnetenhauses anführen kann, viele dieser unglücklichen bona fide konstituierten Genossenschaften später auf den Staatshaushalt übernommen worden.

Meine Herren! Vor einem halben Jahrhundert hatten wir noch keine Provinzialfonds, und hier gilt einfach der Satz: jeder ist für den Schaden verantwortlich, den er, wenn auch im guten Glauben, angerichtet hat. (Abgeordneter Dr. Klein: Sehr wahr! Lebhafter Ruf: Sehr richtig! Bravo!) Meine Herren! Dieses Bravo, namentlich von Seiten derjenigen Herren, welche den eben gedachten Niederungen durch Geburt und liebgewonnene Beziehungen angehören, ist mir der beste Beweis dafür. (Heiterkeit.) Wenn also in den östlichen Provinzen ähnliche Genossenschaften auf den Staatshaushalt übernommen werden konnten — und ich glaube, auch der diesjährige Staatshaushalt ist wieder ein neuer Beweis dafür — dann frage ich Sie, die Vertreter dieser schönen Provinz: Warum sollen wir sie denn auf die Rheinlande übernehmen? (Sehr richtig!) Nein! Der Staat hat die Autorschaft, der Staat hat damals die Gemeinden in weitem Blicke und in der redlichen Absicht gezwungen, diese Meliorationen auszuführen, und heute — ich wiederhole es, meine Herren, ohne Sie zu lange zu behelligen — seufzen wir an der Erst und Niers noch unter einer Schuldenlast von zusammen über 1 Million. Die Erträgnisse der davon betroffenen Grundstücke reichen überhaupt stellenweise nicht hin, um die darauf ruhenden öffentlichen Lasten, Meliorationsbeiträge, Kommunalsteuern, Grundsteuern und wie sie alle heißen, abgesehen von den steigenden Unfallversicherungen, zu tragen. (Sehr wahr!)

Da frage ich Sie, meine Herren, soll denn der Abgeordnete — und ich bekenne, daß ich der Autor dieser Anregung bin — nicht anknüpfend an die Vorgänge in den östlichen Provinzen den Herren der Ministerbank freimütig sagen: Auch wir beantragen dieselbe Erleichterung? Gleiche Brüder, gleiche Klappen!

Ja, meine Herren, dann hört man in der Regel aber immer den betäubenden Gesang — es ist kein Sirenen Gesang —: Ihre reiche Rheinprovinz, Ihre üppigen Rheinlande, die in der Lage sind, ihre Provinzialsteuern spielend zu tragen! Meine Herren! Das ist eine schlechte Abfindung. Ich habe mein Bedauern an dieser Stelle darüber auszusprechen, daß, nachdem ich in der verflossenen Session in streng logischem Ideengange — ich hoffe es wenigstens — alle die Miseren vorgetragen hatte, ein volles Jahr ins Land gegangen ist, ohne daß man die großen, die berechtigten Klagen der Bewohner der Erst- und Niers-Meliorationsgebiete gestillt hätte.

Und jetzt, meine Herren, 2000 und einige hundert Mark! Da möchte man sagen: tant de bruit pour une omelette! (Heiterkeit) Jawohl! (Sehr richtig!) Gegenüber einer Schuldenlast von über 1 Million, gegenüber einem Etat von über 100 000 Mark Genossenschaftsbeiträgen — ich lege ihn auf den Tisch des Hauses, führe es aber weiter nicht aus — ist das wahrlich — ja wie soll ich mich parlamentarisch ausdrücken — eigentlich nur ein Linsengericht. Und wenn es da heißt: „jetzt endlich werden Sie zufrieden sein“, dann glaube ich mit Recht im kleinen an Karthago erinnern zu dürfen. (Heiterkeit.) Nein, wir können nicht zufrieden sein, es sei denn, daß auch unser Schuldbuch gradese zerstört werde, wie es bei der Boker Heide in Westfalen, wie es bei der Meliorationsgenossenschaft in Lohse — und es sind noch viele gleichartige, deren Namen ich im Augenblick nicht genau anführen kann, — in bereitwilliger Weise geschehen ist.

Meine Herren! Auch wir haben einen berechtigten Anspruch darauf. Wollte ich hier noch ein Gemälde entrollen von den schrecklichen, verfeuchenden, Sanitätspolizei verhöhrenden Zuständen an der Niers! Ja, meine Herren, das wäre ein Kapitel für sich, und damit haben wir streng genommen, heute auch nichts zu tun.

Eine bittere Klage darf ich aber nicht verschweigen. Unsere idyllische Niers, dieses früher helle Flüsschen, ist heute eine Cloaca maxima geworden. (Heiterkeit.) Unsere Niers ist heute in einer so schrecklichen Verfassung, daß die dortigen Anwohner — ich rufe die Herren zu Zeugen auf, welche da Besitzungen haben, — stellenweise faktisch nicht mehr in der Lage sind, ihre Besitzungen überhaupt noch mit Erfolg zu benutzen, resp. zu bewohnen. Wenn diese schlammige Brühmasse getränkt wird aus den scharfen Abgängen und Abwässern der großen Fabriken in dem niederrheinischen Manchester: Rheydt, Gladbach, Biersen usw., ihre äzenden Fluten weit über die Niersgebiete ergießt, meine Herren, was ist der Erfolg? Statt einer reichen Ernte, wie die Herren Schöpfer dieser Meliorationen sie damals prophezeiten, wird alles vegetabilische und tierische Leben in diesen Gegenden erstickt. Die Grasnarbe verdirbt, die schönen wertvollen Fischereien leben nur noch in schmerzlicher Erinnerung fort. Nicht einmal Frosch oder Wurm kann dort existieren.

Meine Herren! Ich bitte, sich einmal zu Gemüte zu führen, was das heißen soll. Alles Leben und Gedeihen wird meilenweit vollständig erstickt. Dadurch werden Hunderttausende der Niersniederung Jahr für Jahr entzogen. Dürfte ich Namen nennen, — ich bin aber dazu nicht berechtigt — so würde ich Ihnen eine einzige Besitzung im oberen Kreise Gladbach bezeichnen, die allein — es ist ja schwer darin richtig abzuschätzen — für ihre 300—400 Morgen Areal durch diese Kalamität eine Entwertung von ca. 100 000 Mark erlitten hat.

Meine Herren! Das ist eine einzige Besitzung. Nun gibt es aber der Besitzungen Hunderte wenn nicht Tausende.

Meine Herren! Ich habe eben gesprochen — und damit kann ich schließen — von dem früher an der Niers sprichwörtlichen Fischreichtum. Ich komme zu dem Gedanken, weil ich zufällig liebenswürdige Freunde aus Cresfeld vor mir sehe, welche früher auf dem bekannten Drinshof in Mülhausen bei einem guten Schoppen auch ihre kleinen Fischessen arrangieren ließen.

Meine Herren! Nicht wahr, das waren schöne Zeiten. Aber jetzt — was ist an die Stelle getreten? Ein schwarzer Tintenstrom, der träge dahinschleicht. In der gastlichen Gegend des Drinshof hat sich vor einigen Jahren ein Mädchenpensionat angesiedelt, wo ein paar hundert junge Mägdlein aus Deutschland, England, Skandinavien usw. erzogen werden. (Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, wenn Sie aber nun hören — das ist mir von der segensreich wirkenden Ordensniederlassung mitgeteilt worden — daß sie auf die Dauer gezwungen ist, ihre Anstalt zu schließen, weil eben die neben Ihrer freundlichen Protektion zunächst staatlicher Fürsorge anempfohlene Niers den Aufenthalt unmöglich macht, dann kommen Sie vielleicht weniger zu einem Bravo als zu einem Ausspruch entgegengesetzter Richtung. (Heiterkeit.)

Ich weiß sehr wohl, die Industrie ist auch existenzberechtigt, und mit Dank haben wir es vermerkt, daß die königliche Staatsregierung auch in diesem Falle, von ihrem Rechte Gebrauch machend, die Städte Gladbach, Rheydt, Biersen, Süchteln und wie sie alle heißen mögen, gezwungen hat, endlich Klärbassins anzulegen. Ob aber diese Klärbassins zum Ziele führen werden — nun, das werden wir später sehen. Indes das ist eine Sache, die ich geglaubt habe als Begleiterscheinung anzuführen zu müssen.

Mein Antrag ging dahin, die Provinzialverwaltung wolle mit dem ganzen Gewicht ihres autoritativen Ansehens — und das hat ja der Rheinische Provinziallandtag, wer wollte im geringsten daran zweifeln (Heiterkeit) — dahin wirken, daß wie es in Pommern, in der Lausitz, in Westfalen usw. geschehen ist, auch hier die Schulden der beiden Genossenschaften vom Staate übernommen werden, er wolle sich durch Unterstützung dieses Antrages gewissermaßen zum Dolmetsch der berechtigten Anschauungen unserer ganzen Provinz machen. Meine Herren, wenn das ein einzelner

Abgeordneter Jahr für Jahr tut — ich glaube, ich habe es jetzt seit einem Dezennium gewissermaßen wie die Stimme eines Rufers in der Wüste vorgetragen (Heiterkeit) — so hat das nun einmal nicht dieselbe Bedeutung.

Bedürfte es noch irgend einer Bestätigung des Sages, den ich angeführt habe, so würde ich den grade mir gegenüberstehenden Herrn Landeshauptmann Klein, dessen Wiege ja auch an der Erst stand, den Herrn Grafen Hoensbroech, welcher die Niersverhältnisse genau kennt, bitten, nur in einigen Worten die Wichtigkeit meiner Ausführungen kurz zu bestätigen.

Also, meine Herren, ich habe nochmals zu bedauern, daß der Provinzialausschuß — man darf wohl einmal einen Bernutstropfen einfließen lassen — ein volles Jahr gebraucht hat, um von Berlin aus diesen kleinen Tropfen zu erzielen, wonach wir auf einige Jahre zweitausend und soviel hundert Mark bedingungsweise haben sollen. (Heiterkeit.)

Meine Herren! Ich bitte den Provinzialausschuß der Devise und der Marschroute des Beschlusses getreu zu bleiben, den wir im verflossenen Jahre hier gefaßt haben. Er gilt auch heute noch in allen Punkten. Er liegt Ihnen gedruckt vor und ich brauche ihn deshalb nicht zu wiederholen.

Zum Schlusse, meine Herren, ich bekenne, daß ich in dieser Beziehung die Autorschaft mit Vergnügen trage, empfehle ich Ihnen als den Vertretern dieser schönen Provinz, die ja — wie soll ich mich parlamentarisch ausdrücken — die höchst bedrängte Lage der Niers- und Erst-Meliorationsgenossenschaft kennen, diesen Antrag von neuem anzunehmen. Ich bin überzeugt, wenn ein Echo wie das von mir vorgeschlagene vom Rhein an die Spree dringt, dann werden die verehrten Herren Minister, auch selbst diejenigen, die so gerne sagen: „Ihre reiche üppige Rheinprovinz braucht dieser Beihilfe nicht“ sich endlich dem Strom der öffentlichen Meinung gegenüber, wie er sich hier ausspricht, beugend, nachdem wir ca. 50 Jahre amortisiert haben, endlich uns diejenigen Vorteile zuwenden, welche sie in den älteren Provinzen ohne viel Bedenken in ähnlicher Lage bewilligt haben.

Ich bitte Sie darum, meine Herren. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Becker: Es meldet sich niemand weiter zum Wort. — Dann schließe ich die Verhandlung. Der Herr Berichterstatter verzichtet.

Dann darf ich wohl ohne besondere Abstimmung feststellen, daß das hohe Haus dem Antrage seiner IV. Fachkommission beigetreten ist.

Wir gehen zum Gegenstand Nr. 3 der Tagesordnung über:

Antrag der Wahlprüfungskommission, betreffend Gültigkeitserklärung der für den 44. Rheinischen Provinziallandtag vorgenommenen Ersatzwahlen. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Bopelius.

Berichterstatter Abgeordneter Bopelius: Der Antrag der Wahlprüfungskommission lautet: „Der Provinziallandtag wolle:

1. Die Ersatzwahlen der Wahlkreise Jülich, Coblenz Stadt, Köln Stadt, Ruhrort, Solingen Land, Aldenau, Bonn Land, Lennep, Cleve, Mülheim a. Rhein Land mit der Maßgabe für gültig erklären, daß die in dem Kreise Mülheim a. Rhein vorgenommene Wahl gleichfalls als gültig zu erachten ist, wenn innerhalb der gesetzlichen Frist von zwei Wochen ein Einspruch nicht erhoben sein wird,
2. die im Kreise Bernkastel stattgehabte Ersatzwahl für ungültig zu erklären, und zwar aus dem Grunde, weil der Gewählte, Landrat Freiherr von Hammerstein, noch nicht 1 Jahr in der Provinz ansässig ist.

Vorsitzender Becker: Auch hier meldet sich niemand zum Wort. — Das Wort hat Herr Abgeordneter Freiherr von Schorlemer.

Abgeordneter Freiherr von Schorlemer-Lieser: Meine Herren! Gestatten Sie mir zu der Wahl im Kreise Bernkastel ein paar Worte der Aufklärung, nachdem über die dort stattgehabten Vorgänge teilweise unrichtige und entstellte Mitteilungen in die Presse und wahrscheinlich auch in die Kreise des Provinziallandtages gedrungen sind.

Die Wahl im Kreise Bernkastel war angefeht worden zu einem Zeitpunkte, wo der Freiherr von Hammerstein noch nicht wählbar war. Es war, wie die Abstimmung gezeigt hat, der nahezu einstimmige Wunsch des Kreistages, den Landrat zum Provinziallandtags-Abgeordneten zu wählen. Der Wahltermin konnte mit Rücksicht auf die entsprechenden Bestimmungen der Provinzialordnung nicht länger hinausgeschoben werden; als vor dem Kreistage eine vertrauliche Besprechung stattfand, war der allgemeine Wunsch der Kreistagsabgeordneten, diesen Gegenstand, also die Wahl des Landtagsabgeordneten, von der Tagesordnung abzuheben. Nach der Geschäftsordnung des Kreistages war hierzu ein einstimmiger Beschluß des Kreistages erforderlich. Nachdem ein Mitglied des Kreistages der Abhebung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung widersprach, blieb nichts anderes übrig, als zur Wahl zu schreiten; der Kreistag hielt es nunmehr für seine Pflicht, auch ohne Rücksicht auf die Wählbarkeit schon jetzt durch seine Wahl der Ansicht Ausdruck zu geben, daß der Landrat der in Aussicht genommene Provinziallandtags-Abgeordnete sein sollte. Aus diesem Grunde hat die Wahl in dieser Form stattgefunden; sie ist also mit dem Bewußtsein der Ungültigkeit vorgenommen worden. Aber die Verantwortung dafür trägt nicht der Kreistag, sondern dasjenige Mitglied des Kreistages, welches der Abhebung von der Tagesordnung widersprochen hat und jedenfalls auch derjenige gewesen ist, welcher aus der vertraulichen Besprechung, ohne dazu autorisiert zu sein, die weiteren Mitteilungen in die Presse hat gelangen lassen.

Vorsitzender Becker: Es meldet sich niemand weiter zum Wort. — Dann darf ich die Verhandlung schließen. Der Herr Berichterstatter verzichtet.

Ich darf wohl ohne Abstimmung feststellen, daß das hohe Haus den Antrag der Wahlprüfungskommission genehmigt mit der kleinen von dem Herrn Berichterstatter hervorgehobenen Änderung dahingehend, daß es heißen muß:

„mit der Maßgabe für gültig erklären, daß die in dem Kreise Mülheim a. Rhein vorgenommene Wahl gleichfalls als gültig zu erachten ist, wenn innerhalb der gesetzlichen Frist von zwei Wochen ein Einspruch nicht erhoben sein wird.“

Wir kommen zum Gegenstand Nr. 4 der Tagesordnung:

Antrag der I. Fachkommission zum Vorbericht zu dem Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz sowie zu den zu demselben gehörenden Haushaltsplänen der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Klein, dem ich das Wort gebe.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Klein: Meine Herren! Ich möchte am Schlusse unserer achttägigen Verhandlungen Ihre Aufmerksamkeit nicht für einen längeren Vortrag in Anspruch nehmen, sondern ich werde mich nur auf wenige kurze Bemerkungen beschränken.

Der Haupt-Haushaltsplan enthält die Zusammenstellung der Etats der einzelnen Anstalten und Verwaltungszweige. Diese einzelnen Etats sind in den Fachkommissionen durchgeprüft und später von Ihnen auf Grund der Anträge der Fachkommissionen festgestellt worden. Abänderungen

haben sich hierbei nicht ergeben. Es bleibt demnach auch der Ihnen vorgelegte Hauptetat in seinen Ziffern unverändert.

Hiernach schließt der Haupt-Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe ab mit 12 917 000 Mark gegen 12 604 900 Mark im Vorjahre, also mit einem Mehrbetrage von 312 100 Mark.

Von diesem Mehrbetrage, welcher die Mehraufwendungen für das kommende Jahr darstellt, geht noch ein kleiner Betrag ab, welcher aus einem Beitrage der Landesbank fließt, sodaß 304 100 Mark durch Umlage mehr aufzubringen bleiben.

Wenn der vorige Etat glatt abgeschlossen hätte, würden nur diese 304 100 Mark an Umlage mehr aufzubringen sein. Bekanntlich hat der vorige Etat aber nicht in Einnahme und Ausgabe glatt abgeschlossen, sondern es ist das zu diesem Zwecke von dem Provinzialauschuß beantragte $\frac{1}{2}$ % abgesetzt und statt dessen beschlossen worden, den Fehlbetrag aus dem angesammelten Reservefonds zu ergänzen. Dieser Fehlbetrag hat 221 900 Mark betragen. Wir können den Fehlbetrag nun für das nächste Jahr nicht mehr auf gleiche Weise decken, weil der betreffende Fonds, wie das Ihnen ja ausgeführt worden ist, vollständig erschöpft ist. Es bleibt somit nichts übrig, als diese 221 900 Mark aus dem Vorjahre ebenfalls auf Umlage zu verrechnen, so daß wir an Mehrumlagen zu erheben haben 526 000 Mark.

Zur Balanzierung des Etats müssen im ganzen an Umlagen eingestellt werden 7 236 000 Mark gegen 6 710 000 Mark im Vorjahre, das macht ein Mehr von 526 000 Mark. Es kommt aber ferner noch in Betracht, daß die Einnahmen an Provinzialabgaben sich vermehrt haben und zwar aus zwei Gründen. Einmal ist das für das Jahr 1903 vorgesehene Einnahmefoll nicht erreicht worden, weil die Staatssteuern gesunken sind und somit auch die Provinzialeinnahmen, die ja nur einen Prozentsatz der allgemeinen Staatssteuern darstellen. Das andere Mal, ist hinsichtlich der Steuern vom fiskalischen Betriebe durch Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 19. Dezember vorigen Jahres entschieden worden, daß dieselben in den Landkreisen nicht mit Provinzialumlagen belegt werden dürfen, wodurch nicht nur für das laufende Jahr sondern auch für die folgenden Jahre dauernd ein Ausfall von über 120 000 Mark erwächst. Mit Rücksicht auf diesen Ausfall stellt sich die Rechnung so, daß 12 % an Umlage für das Jahr 1904 erhoben werden müssen, also 1 % mehr, wie im Vorjahre. Dieses eine Prozent Mehrumlagen beruht also zunächst auf den bereits erwähnten Mehrausgaben des vorliegenden Etats mit 304 100 Mark, das ist $\frac{1}{2}$ % an Umlagen, sodann aus den im vorigen Jahre aus dem Reservefonds gedeckten etatsmäßigen Ausgaben mit 221 900 Mark und endlich auch an Mindereinnahmen an Provinzialabgaben infolge der Verminderung des zur Grundlage der Umlage dienenden Staatssteuerfolls. Das letztere ist für das Jahr 1904 etwas höher eingestellt, so daß eine Umlage von 12 % sich ergibt. Diese 12 % reichen hin, um die Balanzierung des Etats vollständig herzustellen und alle Ausgaben zu decken.

Die I. Fachkommission hat sich eingehend mit der Frage befaßt, ob es möglich sei, diesen Steuerfuß herunterzubringen. Allein, sie ist zu der Überzeugung gelangt, daß das angesichts der Verhältnisse und angesichts der Perspektive, die uns für das Jahr 1905 hier entrollt worden ist, absolut unangänglich wäre, und daß wir einen schweren Fehler begehen würden, wenn wir die Umlage wiederum kleiner bemessen wollten, wie sie nach den etatsmäßigen Veranschlagungen sich ergibt.

Die Kommission hat hiernach beschlossen, Ihnen, meine Herren, folgende Anträge zu unterbreiten:

Der Provinziallandtag wolle

1. „den Haupt-Haushaltsplan nebst den dazu gehörigen Haushaltsplänen für die einzelnen Verwaltungszeige und Anstalten feststellen.“

Meine Herren! Das haben Sie hinsichtlich der einzelnen Stats schon getan, und es ergibt sich hieraus von selbst, daß Sie nun auch den Haupt-Haushaltsplan, der ja nur die Zusammenfassung der Einzelstats darstellt, genehmigen müssen.

2. „Genehmigen, daß zur Bestreitung der Ausgaben 12% des berichtigten Sollaufkommens an direkten Staatssteuern des Jahres als Provinzialabgabe erhoben werde.“

Ich habe Ihnen ausgeführt, daß die Festsetzung der Umlage auf 12% unumgänglich nötig ist, um der Provinzverwaltung die Mittel zuzuführen, deren sie für die Verwaltung bedarf.

3. „Beschließen, daß nach dem festgestellten Haupt-Haushaltsplan und nach den zu demselben gehörigen Haushaltsplänen der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten auch nach dem 1. Januar 1905 bzw. 1. April 1905 die Verwaltung solange weitergeführt und die zu 2 genehmigte Provinzialabgabe erhoben werde, bis der Provinziallandtag neue Haushaltspläne genehmigt haben wird.“

Meine Herren! Diesen Beschluß haben Sie in jedem Jahre gefaßt, um dem Übelstande vorzubeugen, daß, im Falle der Landtag durch irgend einen Zufall nicht vor dem 1. April berufen werden könnte, die Verwaltung am 1. April gewissermaßen stillsteht, weil ihr die Mittel zur weiteren Bestreitung der Ausgaben des Haushaltes fehlen würden. Der Beschluß unterliegt aber gar keinem Bedenken, weil nur in einem Notfalle Gebrauch davon gemacht werden kann.

4. „Ferner genehmigen, daß die im Rechnungsjahre 1903 bei den Haushaltsplänen für das Landarmenwesen, für die erweiterte Armenpflege, für die Fürsorgeerziehung Minderjähriger und für die Provinzial-Arbeitsanstalt zu Braunweiler event. entstehenden Mehrausgaben gegen diese Haushaltspläne, sowie der etwaige Minderertrag der Provinzialumlage der Rechnungsjahre 1902 und 1903, insofern sie nicht aus den laufenden Einnahmen des Haupt-Haushaltsplanes gedeckt werden können, aus den Mehreinnahmen bei den Provinzialabgaben bestritten werden.“

Wie der Herr Landeshauptmann Ihnen in seinem einleitenden Vortrage bereits ausgeführt hat, ist die Deckung des Fehlbetrages des Jahres 1903 unbedingt notwendig, um die Ordnung in unseren Finanzen aufrecht zu erhalten. Wir dürfen nicht mit einem Defizit ins neue Jahr hineingehen, sondern wir müssen den vorhandenen Fehlbetrag aus den Mitteln, die wir noch haben, decken, wozu die vorhandenen Mittel des Reservefonds ausreichen, wenn alsdann auch ein Überschuß nicht mehr verbleiben sollte.

5. „Ferner guthießen, daß, sofern der schwebende Rechtsstreit bezüglich der Beteiligung des Staates an der Tragung der Verwaltungskosten der Fürsorgeerziehung Minderjähriger endgültig zu ungunsten des Provinzialverbandes entschieden werden sollte, die für die Jahre 1901 bis 1904 vom Staate zur Zahlung abgelehnten Verwaltungskostenbeiträge für Fürsorgeerziehung Minderjähriger aus den Mehreinnahmen bei den Provinzialabgaben entnommen werden.“

Es ist Ihnen, meine Herren, mitgeteilt worden, daß die Staatsregierung nach dem Inkrafttreten des neuen Fürsorgegesetzes die aus dem seit dem Jahre 1878 geltenden alten Zwangserziehungsgesetze entnommene Bestimmung, wonach der Staat die Hälfte der Kosten der Fürsorgeerziehung zu tragen hatte, nunmehr dahin interpretiert, daß aus den vom Staate zu ersetzenden Kosten die Verwaltungskosten auszuscheiden seien, obwohl der Wortlaut der beiden Fürsorgegesetze hinsichtlich des Ersatzes der Kosten genau derselbe geblieben ist. Die Provinzen haben beschlossen,

gegen diese willkürliche Auslegung des Gesetzes gerichtliche Entscheidung anzurufen. Es schwebt bereits ein Prozeß über diese Frage zwischen der Provinz Brandenburg und dem Staate. Die betreffenden Kosten sind bis jetzt vorstufweise gebucht worden. Sollte der Prozeß zu ungunsten der Provinz entschieden werden, so bleiben dieselben zu Lasten der Provinz und müßten dieselben alsdann, so wie ich eben vorgetragen habe, gedeckt werden.

6. „Endlich bestimmen, daß die nach Entnahme der Beträge etwa noch verbleibende Summe an Mehreinnahmen bei den Provinzialabgaben zur Verfügung des Provinziallandtags gehalten werde.“

Auch das, meine Herren, entspricht Ihrem früheren Beschluß.

Ich möchte also bitten, diese Anträge der Fachkommission anzunehmen.

Vorsitzender Becker: Ich eröffne die Verhandlung. — Da sich niemand zum Wort meldet, schließe ich dieselbe und stelle ohne besondere Abstimmung fest, daß das hohe Haus dem Antrage seiner I. Fachkommission beigetreten ist.

Wir gehen zum Gegenstand Nr. 5 der Tagesordnung über:

Antrag der I. Fachkommission auf Entlastung von Rechnungen.

Zur Geschäftsordnung hat zunächst das Wort erbeten der Herr Abgeordnete Friederichs.

Abgeordneter Friederichs: Meine Herren! Wenn sich gegen die Form keine Bedenken erheben, dann kann der Sache vollständig und zweckmäßig gebient werden durch Zusammenfassung von Punkt 5, 6, 7 und 8 unserer Tagesordnung, indem wir die Anträge der I., II., III. und IV. Fachkommission mit einem Male zum Beschluß erheben. (Beifall.) Dementsprechend stelle ich den Antrag, meine Herren. (Beifall.)

Vorsitzender Becker: Der Herr Abgeordnete Friederichs hat beantragt, die Gegenstände 5 bis 8 gleichzeitig zur Verhandlung zu stellen. — Ein Einspruch dagegen wird nicht laut. Ich stelle das als den Willen des hohen Hauses fest und frage ob einer von den Berichterstattern zu den Gegenständen 5 bis 8 das Wort verlangt? — Das ist nicht der Fall. — Auch aus dem Hause verlangt niemand das Wort. Ich schließe die Verhandlung und stelle ohne besondere Abstimmung fest, daß das hohe Haus die Entlastung der Rechnungen ausgesprochen hat.

Damit sind die Gegenstände unserer Tagesordnung erledigt. Ich habe die Ehre, Seiner Excellenz dem Herrn Landtagskommissarius zu melden, daß der 44. Rheinische Provinziallandtag seine Geschäfte beendet hat.

Landtagskommissarius Ober-Präsident Dr. Rasse:

(Die Mitglieder erheben sich.)

Meine hochgeehrten Herren!

Nach einer kurzen, aber arbeitsreichen Tagung haben dank Ihrem Eifer und Fleiße die Ihnen gestellten Aufgaben ihre Erledigung gefunden.

Ihre Beschlüsse legen von Neuem Zeugnis dafür ab, daß die Vertreter der Rheinprovinz einmütig sind in dem Bestreben, auf allen Gebieten die großen Aufgaben Ihres Kommunalverbandes zu fördern und die ideelle und materielle Wohlfahrt zu pflegen.

Wenn Sie, meine Herren, mit dem Bewußtsein zu Ihren täglichen Geschäften zurückkehren können, Ihre Beratungen so schnell und mit Erfolg zum Abschluß gebracht zu haben, so hat daran gewiß auch teil die sorgfältige und gewissenhafte Vorbereitung der Vorlagen durch die Provinzialverwaltung und den Provinzialausschuß, denen hierfür Anerkennung gebührt.

Wir gehen auseinander, meine Herren, mit der Hoffnung, daß uns Gott im nächsten Jahr frisch und arbeitsfroh wieder zusammenführen möge. Mit diesem Wunsch erkläre ich im Namen Sr. Majestät des Kaisers und Königs gemäß § 26 der Provinzialordnung den 44. Rheinischen Provinziallandtag für geschlossen.

Vorsitzender Becker: Meine hochverehrten Herren! Lassen Sie uns unsere Session schließen, wie wir sie begonnen haben, mit dem Ausdrucke der Liebe, der Treue und der innigen Verehrung gegen unseren erhabenen Kaiser.

Se. Majestät unser teurer Kaiser und König Wilhelm II. und das ganze Königliche Haus, sie leben hoch und nochmals hoch und nochmals hoch!

(Die Mitglieder, die auch diese Worte stehend angehört haben, stimmen begeistert in das dreimalige Hoch ein.) Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß 11 Uhr 2 Minuten.)



